

Für die Zukunft unserer Stadt

FDP Hansestadt Stralsund



Programm

zur

Wahl der Bürgerschaft

2009

www.fdp-stralsund.de



Für die Zukunft unserer Stadt
FDP Stralsund

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Demokratie lebt vom Mitmachen. Das bürgerliche Engagement vor Ort ist die Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Wir Liberalen der Hansestadt Stralsund stehen für den Erhalt der Vielfalt in unserer Stadt. Das wesentliche Ziel einer liberalen Kommunalpolitik in Stralsund ist die Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, um ihnen ein hohes Maß an Möglichkeiten zur freien und individuellen Lebensgestaltung zu geben.

Die FDP in Stralsund macht sich dafür stark: „Stark vor Ort“ für eine liberale Verantwortungsgesellschaft.

Eine wichtige Station auf dem Weg ist die Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 7. Juni 2009.

Die FDP Stralsund hat ein starkes, engagiertes und kompetentes Kandidatenteam aufgestellt.

Unterstützen Sie uns dabei, die Hansestadt Stralsund noch lebens- und liebenswerter für die Bewohnerinnen und Bewohner zu machen und noch attraktiver für Wirtschaftsinvestoren und Urlauber unserer großartigen Stadt.

Dafür müssen die Rahmenbedingungen in Stralsund verbessert werden, denn wir stehen vor großen Herausforderungen.

Wir wollen die Finanzen von Stralsund auf ein langfristig sicheres Fundament stellen. Für uns steht daher die kritische Prüfung der Aufgaben und Ausgaben an erster Stelle. Denn wir sind uns bewusst, dass Stralsund nur dann zukunftsfähig ist, wenn mit dem Geld verantwortungsbewusst umgegangen wird.

Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Stralsund ist vom demografischen Wandel besonders stark betroffen. Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger machen sich Sorgen über die Zukunft! Der Bevölkerungsrückgang und die Verschiebung der Altersstruktur dürfen nicht zu einem Verlust an Lebensqualität in Stralsund führen.

Wir wollen eine kreative Ansiedlungspolitik betreiben, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen seriöse Angebote für Langzeitarbeitslose und erschwinglichen Wohnraum. In unsere Schulen muss investiert werden.

Die Altstadt gehört zum Weltkulturerbe! Aber der Handel in der Altstadt steckt mittlerweile in der Dauerkrise; als Bürgerschaftsfraktion werden wir uns für ein Altstadtkonzept stark machen. Der Tourismus bietet viel mehr Potential als wir bislang nutzen!

Stralsund braucht Ideen und die Fähigkeit, die vielen engagierten und kreativen Menschen unserer Stadt mit neuem Schwung zusammenzubringen.

1. Kommunale Finanzen und Verwaltung

Kommunale Finanzen

Die Herausforderung:

Unsere Hansestadt Stralsund hat mittlerweile ca. 120.000.000,00 € Schulden angehäuft. Dafür sind Jahr für Jahr ca. 5.000.000,00 € Zinsen zu zahlen. Dazu kommen Zinsen zur Aufrechterhaltung der laufenden Liquidität. Hinzu kommt das Problem, dass die Einnahmen der Stadt die Ausgaben nicht decken können. Das heißt, dass derzeit jedes Jahr neue Schulden gemacht werden müssen, um die laufenden Ausgaben sicherzustellen. Da spielt die Kommunalaufsicht ohne nachhaltige Sparkonzepte nicht mit. Die bisherigen Haushaltssicherungskonzepte sind in der Vergangenheit öfter für nicht ausreichend befunden worden. Es gibt derzeit keinen freien Finanzspielraum. Die Stadtkasse ist im wörtlichen Sinne leer.

So packen wir es an:

Potentielle Investoren müssen sich eingeladen und erwünscht fühlen, dürfen sich nicht wie Bittsteller oder (Bürokratie-)Hürdenläufer fühlen.

Statt dem bestehenden Defizit brauchen wir einen laufenden Überschuss, der die Kasse füllt und Investitionen möglich macht. Nur mit einem solchen Überschuss können wir unsere Stadt gestalten und nach vorne bringen! Nur so können wir uns freiwillige Leistungen zur Förderung von Sport und Kultur leisten!

Die einzusparenden Millionen aus dem Stadthallenprojekt könnten hier gut Abhilfe schaffen. Das Stadthallenprojekt gehört unbedingt auf den Prüfstand!

Es geht nicht nur um die Möglichkeit, Geld einzusparen und Spielraum für wichtige Aufgaben zu erhalten. Es geht auch darum, dass die Stadthalle zu einer neuen Dauerbelastung für den städtischen Haushalt zu werden droht. Es gibt in ganz Deutschland keine vergleichbare Halle, die Gewinne abwirft.

Der Verkauf städtischen Vermögens ist kein "Patentrezept".

Wir werden die Gebühren und Beiträge der Hansestadt Stralsund auf ihre Verhältnismäßigkeit prüfen.

Wir begrüßen die Einführung der doppelten Buchführung (Doppik), jetzt muss das Potenzial daraus genutzt werden.

Wir setzen auf eine stringente Aufgaben- und Ausgabenkritik, um so die angehäuften Schulden abzubauen.

Wir werden darauf achten, dass die finanziellen Belastungen für die Bürger/innen durch Investitionsentscheidungen der Kommune, beispielsweise bei der Infrastruktur, für die ein Anteil der Investitionskosten auf die Bürger/innen umgelegt werden kann, auf einen vertretbaren Umfang beschränkt werden.

Für die Zukunft unserer Stadt FDP Stralsund

Wir stehen für die Sicherstellung der notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen.

Wir treten für die Durchsetzung des Konnexitätsprinzips ein. Das heißt, die Kommunen müssen stärker als bisher vor übermäßiger finanzieller Belastung durch übertragene Aufgaben des Bundes oder des Landes geschützt werden.

Wir fordern nicht nur bundesweit, sondern auch konkret vor Ort die Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Zuschlagsrecht der Kommunen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Kommunale Verwaltung

Die Herausforderung:

Der Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerschaft und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt hat in den letzten Jahren gelitten. Die Verwaltung überarbeitet die Parkgebührenordnung, spricht aber nicht mit Kaufleuten und Anwohnern. Die Fraktionen erhalten wichtige Informationen nur mit Nachdruck, Fragen wurden in der Vergangenheit oftmals als lästig empfunden.

Wichtige Entscheidungen, welche die Stadt nachhaltig betreffen werden, stehen in den nächsten Jahren an: Gebietsreform, Lastenverteilung nach „Hartz IV“ u.a..

So packen wir es an:

Weniger Bürokratie, dafür mehr Einsatz dort, wo er etwas bringt!

Konkurrenzdenken zwischen Verwaltung und Bürgerschaft war gestern. Es folgt ein konstruktiver Dialog über Parteigrenzen hinweg. Verwaltungshandeln ist dabei transparent zu gestalten. Die Menschen und ihre Anliegen sind in das Zentrum des Verwaltungshandelns zu stellen.

Als Bürgerschaftsfraktion werden wir die städtischen Interessen kompetent und nachhaltig wahrnehmen, beispielsweise im Hinblick auf die kommunale Gebietsreform. Wie auch immer eine von uns geforderte Volksbefragung ausfallen wird, wir haben die Interessen von uns Stralsunderinnen und Stralsunder immer im Blick!

Es gibt gemeinsame Interessen mit den Umlandgemeinden. Daher sollten wir in Schwerin gemeinsam mit den Umlandgemeinden auftreten. Das sorgt dafür, dass uns die Gebiets- und Verwaltungsreform nicht von oben "aufgesetzt" wird, sondern dass wir sagen, was bei uns vor Ort funktioniert.

Wir werden derzeitige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Teilzeit-, Befristungs- und Kündigungsschutzgesetze nutzen, um Arbeitszeitflexibilisierungsmodellen mit neuen Arbeitsplatz- und Lohnmodellen den Weg zu ebnet.

Wir entwickeln die Verwaltung mit Hilfe von elektronischen Medien zu Servicecentern für die Bürger/innen und für Unternehmen.

2. Kommunale Wirtschaftspolitik

Die Herausforderung:

Wir haben Gewerbeflächen, finden aber keine Investoren dafür. Das wirtschaftliche Potential der Fachhochschule wird zu wenig genutzt. Die Wirtschaftsförderung muss sich neu beweisen, das Stadtmarketing bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Das Theater Vorpommern, das kein „weicher Standortfaktor“ ist, sondern eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung hat, darf nicht kleinkarierten Machtspielen zum Opfer fallen.

So packen wir es an:

Wir wollen die städtische Wirtschaftsförderung dynamischer und erfolgsorientierter gestalten. Grundstücke müssen preiswerter angeboten werden. Das Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing (ehemals Abteilung Wirtschaftsförderung) wurde vom Oberbürgermeister in sein Dezernat übernommen und muss angesichts der Wichtigkeit der Aufgabenstellung insgesamt aufgewertet werden.

Damit hat der Oberbürgermeister eine Forderung der FDP aus dem Oberbürgermeisterwahlkampf übernommen, was zu begrüßen ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass Werbung in Schlüsselregionen erfolgt.

Wir brauchen „Scouts“, die überregional die Augen für uns aufhalten.

In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule zu intensivieren und auszubauen. Unsere kleinen und mittelständischen Betriebe könnten unmittelbar davon profitieren (Forschungsarbeiten; Diplomarbeiten; Praktika).

Mit den Umlandgemeinden, den Landkreisen Nordvorpommern und Rügen sowie der Hansestadt Greifswald ist partnerschaftlicher und konstruktiver umzugehen. Wir müssen als Region zu denken lernen. Wenn wir helfen können, dass sich ein Betrieb im Landkreis ansiedelt, ist das jedenfalls besser, als wenn dieser Betrieb nach Lübeck oder Neubrandenburg ausweicht.

Dieses regionale Denken ist leider noch nicht selbstverständlich, wie die Entwicklungen zum Theater Vorpommern zeigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum (SIG) aufgewertet wird. Dabei kann die Fachhochschule Verantwortung übernehmen. Die auf Eis gelegte Umsetzung des Beschlusses zur 2. Ausbaustufe des SIG ist zu prüfen.

Wirtschaftsförderung hat sich dabei künftig mehr an den landestypischen Strukturen zu orientieren. Kleine und mittelständische Handwerks- und Gewerbebetriebe sind mehr als bislang in den Focus zu rücken.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle kommunalen Einrichtungen und Gesellschaften ihre Aufgaben einer wirtschaftskritischen Prüfung unterziehen;

Für die Zukunft unserer Stadt
FDP Stralsund

nichtoriginäre Aufgaben der Kommunen müssen abgebaut bzw. auf ein vertretbares Maß reduziert werden.

In diesem Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, dass die Hansestadt Stralsund aus der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH aussteigt und die jährlich fließenden Subventionen in Höhe von über 100.000 Euro einer besseren Mittelverwendung zuführt, von der Stralsunderinnen und Stralsunder einen Nutzen haben.

Wir möchten eine objektive Betrachtung über die Möglichkeit von Privatisierungen und Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Partnern. Wo Dritte es genauso gut oder besser können, sollten diese beteiligt werden bzw. sollten die Kommunen entsprechende Tätigkeiten abgeben. Dies ist für uns wirtschaftspolitische Pflichtaufgabe und hat für alle kommunalen Unternehmen zu erfolgen. Deshalb sind wir für eine Reformierung des § 69 der Kommunalverfassung M-V (wirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform).

Wir verstehen unter Privatisierung nicht lediglich eine privatwirtschaftliche Rechtsform zu wählen, z. B. die Umwandlung eines städtischen Betriebes in eine städtische GmbH.

Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Teilung von öffentlichen Aufträgen ein. Mittelstandsfreundliche Auftragsvergabe muss öfter als bisher bei Ausschreibungen zum Zuge kommen.

Wir widersetzen uns den immer wiederkehrenden Steuererhöhungen, sei es bei den Grundsteuern oder bei der Gewerbesteuer. Wir treten für eine Senkung eben dieser Steuern ein, um in Stralsund das Investitionsklima zu verbessern.

Wir stehen für eine ergebnisorientierte Handhabung an Stelle einer regelorientierten Handhabung von Vorschriften. Auslegungs- und Ermessensspielräume müssen im Sinne der Unternehmen genutzt werden.

Wir bauen bürokratische Hürden ab. Eine Deregulierung und Entbürokratisierung der Verwaltung stehen für die FDP im Vordergrund, um die Attraktivität von Stralsund als Wirtschaftsstandort zu erhöhen. Effizientere Genehmigungsverfahren tragen zu einer positiven Entwicklung eines Wirtschaftsraumes bei.

Wir bieten Existenzgründerforen, Gründungsberatungen, Eignungstests, Unterstützung und Schulungen für Existenzgründer an.

Wir unterstützen die Pflege von nationalen und internationalen Kontakten. Nur ein in sich schlüssiges Marketingkonzept kann zu einer langfristig erfolgreichen Vermarktung von Stralsund führen. Dazu streben wir ein identitätsstiftendes und effizientes gemeinsames Vorgehen (Wirtschaftsunternehmen, Verwaltung, IHK, Wirtschaftsförderung u. a.) an.

Wir streben eine bessere Vermittlung von Fördermitteln und eine bessere Beratung über die rechtlichen Möglichkeiten der Förderung an. Dies muss unkompliziert und unternehmerfreundlich geschehen.

Wir erleichtern Ansiedlungen, indem Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen grundsätzlich vorher geklärt werden. Es ist zu überprüfen, ob durch die Zusammenlegung dieser Maßnahmen eine planerische Vereinfachung und damit eine zeitliche Straffung erreicht werden kann. Eine Koordinierung der bei Erschließungen zu beachtenden Gesetze und Vorordnungen, ist auf den jeweiligen Ebenen begleitend vorzunehmen.

Wir fördern Netzwerke im Bereich Aus- und Weiterbildung in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

3. Jugend-, Familien-, Senioren- und Sozialpolitik

Die Herausforderung:

Was nützt es, wenn Stralsund immer bekannter wird, was nützen das gute Klima und die Zugehörigkeit zum UNESCO-Weltkulturerbe, was nützt uns die Stadthalle, wenn unsere Schulen z.T. immer noch nicht saniert sind, den Sportlern eine geeignete Tartanbahn fehlt, den Ruderern und Kanuten der Steg unter den Füßen wegbricht, Eltern keine Möglichkeit haben, ihr Kind bei Schichtdienst auch mal abends in die Kita zu geben? Schon 2006 wurde das Projekt "Alt werden am Strelasund" aus der Taufe gehoben - und wartet bis heute darauf, mit Leben gefüllt zu werden!

So packen wir es an:

Es besteht über die Fraktionen hinweg Einigkeit, dass Geld in Schulen und Sportstätten fließen muss. Es fehlt der finanzielle Spielraum dazu. Vordringlich ist es also, dass wir den nötigen Spielraum - wieder - bekommen. Dazu verweisen wir auf den Punkt „Kommunale Finanzen“.

Ansprechend gestaltete Ruhezonen in der Innenstadt sind zu schaffen. Auch scheinbare „Kleinigkeiten“ wie der herumliegende Hundekot sind in den Griff zu kriegen. Denn: "kleine Ursache - (leider) große Wirkung". Unsere Stadt muss sauberer werden, es fehlt an Papierkörben. Wir Bürger sollten uns dafür verantwortlich fühlen, dass das Stadtbild sauberer wird. Hier setzen wir auf Eigenverantwortung.

Der durchgehende Wanderweg von Parow bis Devin unter Einschluss der Seebadeanstalt muss weiter vorgebracht werden.

Die oft diskutierte Schaffung eines Jugendparlamentes kann nur durch ein eindeutiges Engagement von den Jugendlichen selbst ausgehen.

Wir sind in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Bürgerschaft hier gerne bereit, Unterstützung zu geben, damit Jugendliche stärker in die Entscheidungen miteingebunden werden.

Wir betrachten jugendpolitische Maßnahmen nicht aus rein fiskalischen Gesichtspunkten, sondern sehen darin eine Investition in die Zukunft.

Wir unterstützen die Kooperation von Jugendhilfe und Schulen im Rahmen der Ganztagschulen.

Für die Zukunft unserer Stadt
FDP Stralsund

Wir unterstützen die verwaltungsinterne Einrichtung von familienfreundlicher Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Personalentwicklung. Die Kommune muss als gutes Beispiel vorangehen.

Wir empfehlen die Erstellung eines „Familienkompasses“, der eine Darstellung über alle Angebote, Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Familien mit Kindern beinhaltet.

Wir fördern die Einrichtung von Familienbüros und Familienhelfern, die Aufgaben aus folgenden Bereichen bündeln: Kindertagesstätten, Tagespflege, Eltern- und Familienweiterbildung.

Wir begleiten positiv die Entwicklung von Tageseinrichtungen zu Mehrgenerationenhäusern.

Wir richten die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder aus. Die Einrichtung einer "24h-Kita" ist längst überfällig.

Die Tourismusbranche entwickelt sich positiv. Stralsund bietet sich als Tagungs- und Kongressort an. Dieses muss gefördert und bundesweit beworben werden. Letztlich gewinnt Stralsund dadurch an Attraktivität als Wirtschaftsstandort.

Stralsund ist mit speziellen Dienstleistungsangeboten und der Weiterführung laufender Projekte (Barrierefreiheit) als seniorenfreundliche Stadt weiter zu entwickeln, auch unter Einbeziehung des ÖPNV.

Nichts spricht dagegen, dass sich Stralsund als Stadt bundesweit den Ruf einer der schönsten Wohnorte für Senioren verschafft! "Alt werden am Strelasund" - oder sollte es vielleicht besser heißen: „Jung bleiben am Strelasund“!? Gerade im Sommer, wenn wir von weither besucht werden, ist gezielt für dieses Projekt zu werben, und sind die Besucherinnen und Besucher auf die Attraktivität von Stralsund hinzuweisen. Warum werden die Rathhaustüren nicht geöffnet, um im Foyer Stelltafeln zu präsentieren, die Interesse wecken und Ansprechpartner benennen?

Wir schätzen das bürgerliche Engagement der Senioren in Vereinen und Organisationen, zum Beispiel im Seniorenbeirat. Wir werden uns hier für eine Erhöhung der Mittelzuweisung um 10 % einsetzen.

Wir sehen in generationenübergreifenden und am Gemeinwesen orientierten Projekten einen Weg zu mehr Generationsverständnis und ermöglichen breitere, seniorenfreundlichere Angebote im Bereich Kultur, Sport und Geselligkeit.

Wir empfehlen die Erstellung eines „Seniorenkompasses“, der eine Darstellung über alle wichtigen Angebote, Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Senioren beinhaltet.

Wir unterstützen aktiv die Eingliederung von behinderten Mitbürgern in das gesellschaftliche Leben, indem z. B. ein barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden geschaffen wird.

Wir gestalten Aktionen zur Förderung der Kindergesundheit aus.

Wir fördern Präventionsprogramme gegen legale und illegale Drogen und bündeln alle Ansätze und Partner zur Drogenprävention in einer konzentrierten kommunalen Drogenpolitik.

Wir begrüßen alle Vorhaben, die eine breitere Anwendung der Hospiz- und Palliativversorgung mit sich bringen.

4. Bildung

Die Herausforderung:

Eine gute Sozialpolitik beginnt mit einer guten Bildungspolitik. Sie ist der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit. Liberale Sozialpolitik in Stralsund steht für eine Politik der Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Die Chancen der Menschen auf Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt werden ganz wesentlich durch Bildung bestimmt. Stralsund muss attraktive Wohnbereiche für Familien mit Kindern bieten. In den kommenden Jahren werden wir aufgrund der demographischen Entwicklung besonders darauf angewiesen sein, dass gerade junge, gut ausgebildete Frauen am Berufsleben teilnehmen können. Kindertagesstätten sind wichtig für die frühkindliche Bildung aber auch für die Integration von Einzelkindern, Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Schuleinrichtungen und Ganztagschulen mit Hausaufgabenhilfe, individueller Förderung und kreativer Nachmittagsbetreuung können dazu beitragen, Jugendkriminalität und Sinnleere zurückzudrängen.

So packen wir es an:

Wir stärken integrative Kindergärten, Schulen und weiterführende Bildungseinrichtungen.

Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die FDP will bezahlbare Kita-Plätze für Kinder zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr für mindestens sechs Stunden am Tag mit Bildungsauftrag von Anfang an.

Wir unterstützen und schaffen für die Schulferien pädagogisch wertvolle Freizeitangebote, die sich an die Betreuung in der Schulzeit inhaltlich anschließen.

Wir sorgen dafür, dass zur Verbesserung der Kindergesundheit und für die chancengleiche Teilhabe an Bildung in den Kinderbetreuungseinrichtungen, speziell in sozialen Brennpunkten, konkrete Maßnahmen zur individuellen Förderung stattfinden.

Wir denken an den Geldbeutel der Menschen und werben für eine kostengünstige Nutzung öffentlicher Einrichtungen für Familien mit Kindern.

5. Kultur, Vereine/Verbände, Ehrenamt und Sport

Die Herausforderung:

Die Stadt hat in den letzten Jahren immer wieder finanzielle Unterstützung gewährt. Ohne diese hätten wir nicht die Vielfalt und Qualität in Kultur und Sport, die Stralsund heute auszeichnet.

Aber in Zeiten knapper Kassen steht immer wieder auf der Tagesordnung, sogenannte "freiwillige Leistungen" zu kürzen. Das Problem dabei ist, dass es sich die Stadt nicht aussuchen kann, stattdessen die Pflichtaufgaben zu vernachlässigen.

Da unser Haushalt ein Millionenloch aufweist und die Schulden immens sind, zwingt uns Schwerin wieder und wieder zu Sparmaßnahmen; ein Ende ist derzeit nicht abzusehen.

So packen wir es an:

Auch hier ist zu sehen: Es fehlt der finanzielle Spielraum. Vordringlich ist, dass wir uns den nötigen Spielraum - wieder - verschaffen. Dazu verweisen wir auf den Punkt „Kommunale Finanzen“.

Wo würden wir ohne unsere vielen Vereine und Verbände und ohne unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen, die sich ehrenamtlich in Sachen Sport, Kultur, Vorsorge und Fürsorge engagieren?

Vereine und Verbände aber brauchen Geld und Planungssicherheit; gemeinsame Konzepte schaffen Synergien und helfen Kosten zu senken.

Das Theater Vorpommern ist für Stralsund unverzichtbar. Es ist verantwortungslos, das Theater Vorpommern zum Gegenstand eines Kräftemessens der Gesellschafter zu machen: Nicht mit uns!

Auch die Museen müssen sich auf die Bereitstellung der erforderlichen Komplementärmittel u.a. verlassen können.

Und weiter gehend: Wir müssen die Museen besser vermarkten, z.B. mehr Führungen per audio-guide anbieten. Das Kulturhistorische Museum kann noch nicht einmal auf eine eigene Website im Internet verweisen. Forschungsergebnisse, die beispielsweise auch in Zusammenarbeit mit der Greifswalder Uni erarbeitet werden, können nicht veröffentlicht und vermarktet werden, weil dafür kein Geld da ist: Hier wird am falschen Ende gespart! Das ist zu ändern!

Wir fordern eine gemeinsame Vermarktungsstrategie von Kultur und Tourismus ein.

Wir stehen für ein besonderes Bekenntnis der öffentlichen Hand zu seiner Verpflichtung zum Schutz und zur Förderung der Kultur. Allerdings setzt die FDP nicht allein auf staatliche Institutionen zur Erhaltung der Kulturvielfalt, sondern

Für die Zukunft unserer Stadt
FDP Stralsund

fordert möglichst viel Spielraum in den Bereichen privates Engagement und Stiftungswesen.

Wir stärken die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Kulturelle Bildung im Kindesalter bewirkt nicht nur eine Begeisterung, z. B. für Literatur, bildende Kunst, Musik und Tanz, sondern ist auch für die Persönlichkeitsbildung wichtig und fördert die Konzentration, die Kreativität, die Ausdrucksfähigkeit, das Selbstvertrauen und Kommunikationsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen.

Wir stehen für den Ausbau unserer Städtepartnerschaften, sei es regional, national bzw. international, um auf diese Weise den Kulturaustausch intensiver als bisher zu nutzen und das Interesse und Verständnis für andere Kulturen zu stärken.

Wir erkennen in der Kultur- und Kreativwirtschaft einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor. Sie ist nicht nur Impulsgeber für Innovationen in anderen Wirtschaftsbereichen, sondern trägt als eigenständige Branche Wachstums- und Beschäftigungsressourcen.

Wir sehen oberste Priorität darin, die Wahrung und die Erhaltung des politischen und des sozialen Ehrenamtes zu sichern. Wir stehen für Förderung des Ehrenamtes und werden unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anstrengungen unterstützen, wo wir können.

Wir erachten das Kleingartenwesen in Stralsund mit seinen 68 Vereinen, insbesondere vom sozialen Aspekt, als bedeutsame Größe. Die Förderung und Unterstützung der Kleingärtnerei wird unsere besondere Aufmerksamkeit und Beachtung erfahren.

Wir begrüßen ausdrücklich privatwirtschaftliches und ehrenamtliches Engagement im Sport- und Kulturbereich. Der Breiten- und Leistungssport nimmt mit seinen freiwilligen Helfern und ehrenamtlichen Übungsleitern gesellschaftliche Aufgaben wahr, welche die Stadt nicht allein bewältigen kann. Dieses muss angemessen gewürdigt werden.